NIEDERSCHRIFT JFSKA/005/2011

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 10.03.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Sarah Bosse-Berger	

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp	Vertretung für Herrn Bernhard Kortmann
Frau Brigitte Mollenhauer	
Herr Jürgen Brunn	Vertretung für Frau Margarete Köhler
Herr Hubert Maas	ohne Ortsbesichtigung

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Stefan Holtkamp	
Frau Stephanie Weitkamp	
Herr Karl-Heinz Handwerk	ohne Ortsbesichtigung
Frau Nicola Ebel	

Vortragender Gast:

Frau Bernadette Nattler	zu TOP 5 ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Herr Jürgen Erfmann	bis zu TOP 5 ö. S. (19:20 Uhr)
Frau Inke Marie Heilmann	
Herr Gerd Mollenhauer	
Herr Martin Struffert	
Herr Gero Tschesche	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:15 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Frau Bosse-Berger stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Überlegung zum zukünftigen Standort des Jugendzentrums

Die Ausschussmitglieder besichtigen die Räumlichkeiten im Souterrain der Realschule, die ab dem Schuljahr 2013/14 evtl. vom Jugendzentrum genutzt werden könnten. Die Räume werden über einen separaten Eingang erschlossen. Der Innenhof und der neue Spielplatz könnten ebenfalls von den Jugendlichen genutzt werden. Frau Dirks erläutert, dass die insgesamt 200 qm großen Räumlichkeiten den jetzigen Guddy-Guddy-Bereich, den Schülerkiosk, einen Klassenraum, die Küche, kleinere Räume sowie eine Toilette umfassen.

Frau Bosse-Berger merkt an, dass eine deutliche räumliche Trennung zwischen Jugendzentrum und Schule unerlässlich sei.

Frau Ebel findet die neuen Räumlichkeiten gut, sie machten einen schönen Eindruck und seien riesig. Vielleicht könnten die Jugendlichen im Rahmen eines work-shops an der Umgestaltung beteiligt werden.

Frau Mollenhauer begrüßt es sehr, dass die Verwaltung vorhandene in Zukunft nicht mehr benötigte Räumlichkeiten nutzen will. Die Nutzung der Pavillons sei wegen der hohen Heizkosten sehr kostenintensiv. Für die CDU-Fraktion sei klar, dass das Ziel weiter verfolgt werden soll. Wichtig sei aber, den finanziellen Rahmen im Blick zu haben.

Herr Brockamp führt aus, dass die Räumlichkeiten sich zwar im Keller befänden, mit Kellerräumen aber wenig zu tun hätten. Er könne sich das Jugendzentrum dort sehr gut vorstellen.

Herr Maas hält die Räume im Souterrain ebenfalls für sehr geeignet. Hier hätten die Jugendlichen ein Stück Freiraum. Damit sie sich dort wohl fühlten und Verantwortung übernähmen, sollten die Jugendlichen bei der baulichen Gestaltung einbezogen werden. Er wolle aber wissen, wo die in dem Pavillon untergebrachte Musikschule künftig bleiben soll.

Frau Dirks antwortet, dass hierfür sicherlich auch noch geeignete Räume gefunden werden.

Herr Brunn merkt an, dass es sich eigentlich gar nicht um Kellerräume handele, weil die Räume ebenerdig zu erreichen seien. Wichtig sei allerdings, dass eine saubere Trennung zwischen Schule und dem Aufenthaltsbereich der Jugendlichen geschaffen wird. Lehrer dürften dort nichts zu sagen haben.

Herr Handwerk stellt voran, dass er die Idee nicht madig reden wolle. Es sei aber nachzulesen und jeder, der sich mit Jugendarbeit beschäftige wisse das auch, dass die Akzeptanz der Einrichtung entscheidend von einer deutlichen Trennung zwischen den Bereichen Freizeit und Schule abhänge. Jugendliche verspürten eine innere Sperre, ihre Freizeit in der Schule zu verbringen. Also müsse sichergestellt sein, dass eine räumliche Trennung realisiert werden kann.

Herr Tschesche bestätigt, dass selbstverständlich zwei geschlossene

Systeme geschaffen werden müssen. Hier könne die aufsuchende Jugendarbeit mit der offenen Jugendarbeit zusammen gebracht werden. Dadurch fänden voraussichtlich auch ganz andere Jugendliche Zugang zum Jugendzentrum. Wenn das Ganze als Partizipationsarbeit geplant werde, dann könnten die Jugendlichen auch eine Bindung zu den Räumen aufbauen. Er glaube nicht, dass sich die Jugendlichen dann wie in einer Schule fühlten.
Frau Heilmann ergänzt, dass man daran arbeiten könne, dass sich die Jugendlichen wohl fühlen und nicht das Gefühl haben, dass sie sich in einer Schule befinden.

Herr Maas bittet darauf zu achten, dass ein autarkes Jugendzentrum entsteht. Den Jugendlichen sollte die Freiheit gelassen werden, sich selber zu präsentieren. Den Standort finde er gut, dort könnten die Jugendlichen auch mal Krach machen, ohne dass sich Nachbarn gestört fühlten.

Herr Brunn regt an, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Planung gemeinsam mit allen Beteiligten insbesondere den Jugendlichen weiter entwickelt wird.

Beschlussvorschlag für den Rat:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung des Jugendzentrums im Souterrain des Realschulgebäudes gemeinsam mit allen Beteiligten insbesondere den Jugendlichen weiter zu entwickeln.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Aufgabe von Spielplätzen

Frau Ebel führt an, dass bei den Spielplatzbereisungen deutlich geworden sei, dass einige Spielplätze nicht mehr genutzt werden. Auf diesen Spielplätzen sollten die Spielgeräte abgebaut und zweimal jährlich ein Pflegeschnitt durchgeführt werden. Evtl. könnte den Nachbarschaften eine Bewirtschaftung anheim gestellt werden. Die Fläche sollte aber nicht veräußert werden, um bei Bedarf wieder einen Spielplatz installieren zu können. Von einer aufwendigen Bürgerbeteiligung sollte abgesehen werden.

Herr Holtkamp macht deutlich, dass vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage die Veräußerung von Spielplatzgrundstücken kein Tabu-Thema sein dürfe. Das stehe auch nicht im Widerspruch zur Kinderfreundlichkeit. Auch ein regelmäßiger Pflegeschnitt wäre schon Luxus.

Herr Maas merkt an, dass man bei einer Bürgerbeteiligung ganz Billerbeck befragen müsse. Einerseits gebe es Spielplätze, z. B. am Hahnenkamp, die nicht in einer zukünftigen Familienwohngegend liegen und über deren Veräußerung nachgedacht werden könne, andererseits entwickelten sich die Strukturen in Wohngebieten wieder anders herum und die Spielplätze würden wieder benötigt. Deshalb sei eine intensive Betrachtung jedes einzelnen Spielplatzes notwendig. Die Verwaltung sollte genaue Analysen vorlegen.

Herr Handwerk hält eine Bürgerbeteiligung für wichtig. Jeder Spielplatz sollte gemeinsam mit den Bürgern betrachtet werden. Im Übrigen seien stichpunktartige Zählungen wenig aussagekräftig. Die Flächen weiterhin vorzuhalten, um den Nachbarschaften die Möglichkeit zu geben, sich als Paten zu engagieren, halte er auch für eine akzeptable Lösung. Es dürfe nicht alles unter dem Stichwort „Haushaltssicherung“ gesehen werden, denn Spielplätze seien ihm wichtiger als z. B. gut ausgebaute Wirtschaftswege, die Autobahncharakter haben.

Herr Brunn weist darauf hin, dass in dem der Sitzungsvorlage beigefügten Lageplan noch nicht alle Spielplätze eingezeichnet seien. Außerdem müsse strikt getrennt werden zwischen der Nutzung der Flächen als Spielplatz und dem was irgendwann mit den Flächen passiert. Vor wenigen Wochen habe Herr Koch für die CDU hier ein Regionale-Projekt betr. Stärkung und Werterhaltung von gewachsenen Baugebieten vorgestellt. Vor diesem Hintergrund wäre es doch leichtfertig, städt. Flächen aufzugeben. Dann habe man hinterher keine Möglichkeit mehr, Billerbeck zu gestalten.

Frau Mollenhauer betont, dass die Attraktivität Billerbecks nicht von der Anzahl der Spielplätze abhänge. Dieser Ausschuss habe die Spielplätze abgefahren und dabei viel Akzeptanz von den Nachbarschaftsvertretern erfahren. Sie wisse gar nicht, warum von der SPD so darauf herum geritten werde, eine Bürgerbeteiligung habe doch bisher auch schon stattgefunden.

Frau Bosse Berger stellt heraus, dass der SPD-Antrag über das hinausgehe, was bisher mit den Nachbarn bei den Spielplatzbereisungen besprochen wurde.

Frau Ebel macht deutlich, dass bei einer Veräußerung leicht Fehler gemacht werden können, die nachher bereut werden. Es sei doch schön, Grünflächen in der Stadt zu haben, diese könnten auch von älteren Personen als Treffpunkt genutzt werden. Sie spreche sich für eine Umwidmung aus.

Frau Bosse-Berger erkundigt sich, ob eine Umwidmung rechtlich möglich ist.

Wenn ein Spielplatz veräußert würde, so Herr Mollenhauer, dann würde ein Bauinteressent keine Baugenehmigung bekommen, weil der Bebauungsplan etwas anderes aussage, also müsse der Bebauungsplan geändert werden. In dem Zusammenhang würde dann auch eine Bürgerbeteiligung durchgeführt.

Der Ausschuss fasst schließlich folgenden

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzung der Spielplätze weiter zu überwachen. Im Rahmen der nächsten Spielplatzbereisung werden die

Spielplätze aufgesucht, die ggf. für eine Aufgabe/Nutzungsänderung in Betracht kommen. Anschließend ist über die weitere Vorgehensweise erneut zu beraten.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Schaffung eines Cliquentreffpunktes für Jugendliche und junge Erwachsene im öffentlichen Raum

Herr Tschesche erläutert, dass sich die Jugendlichen einen Treffpunkt wünschen, weil sie sich ständig „verjagt“ fühlten. Es gebe Bedarf für einen Cliquentreffpunkt und einen Unterstand am Skate-Park. Der Skate-Park am Helker Berg sei der größte in NRW. Dort treffen sich auch Nichtakteure. Der Standort sei noch zentral, dennoch gebe es keine direkten Anwohner, also vermutlich auch keine Probleme mit der Lautstärke.

Frau Ebel hält den Vorschlag für gut. Außerdem habe sie den Tipp bekommen, dass man sich bzgl. der Finanzierung des Materials an die Bürgerstiftung wenden könne. Vielleicht fänden sich darüber hinaus noch andere Sponsoren.

Herr Brockamp führt an, dass es bereits einen Grillplatz im Wildgarten gebe und fragt nach, ob sich die Angebote nicht zu weit auseinander ziehen, wenn zudem das Jugendzentrum noch zur Realschule umziehe.

Herr Tschesche erläutert, dass ein Cliquentreffpunkt draußen gewünscht werde, der Grillplatz sei nur ein Beispiel der Ausgestaltung.

Frau Dirks erinnert daran, dass bereits seit einiger Zeit über einen Unterstand für die Jugendlichen gesprochen werde. Im Wildgarten gebe es keinen Unterstand. Deshalb seien die Jugendlichen z. B. oft ausgewichen und hätten an der Realschule unter dem Vordach gegrillt. In Billerbeck gebe es viele Spielplätze für Kinder, aber wenig Angebote für Jugendliche.

Herr Holtkamp merkt an, dass man dem Bericht des Herrn Tschesche in einer der letzten Sitzungen entnehmen konnte, dass die aufsuchende Jugendarbeit gut angelaufen sei. Jetzt sollte man den nächsten Schritt tun.

Herr Maas verweist auf die verschiedenen Altersstrukturen bei den Jugendlichen. Deshalb müsse man den Jugendlichen mehr als einen Platz zubilligen. Er traue den Jugendlichen auch zu, dass sie das bewerkstelligen. Man sollte die Jugendlichen nicht ständig kontrollieren, sondern einfach machen lassen. Wichtig sei, dass die Jugendlichen ihren Platz finden.

Herr Brunn spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus. Den Jugendlichen sollte ein deutliches Zeichen gegeben werden, dass sie in ihren Ideen unterstützt werden.

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Jugendlichen unter Einbindung des in der Sitzungsvorlage dargelegten Sachverhaltes und des Antrags der SPD ein Gesamtkonzept zur Umsetzung zu erarbeiten.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Bericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2011/2012

Herr Struffert berichtet Bezug nehmend auf die Sitzungsvorlage über den Kindergartenplatzbedarf. Ergänzend teilt er mit, dass der Kindergartenbedarfsplan für das Kindergartenjahr 2011/2012 vom Kreistag beschlossen wurde.

Herr Holtkamp stellt fest, dass die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Träger nicht selbstverständlich ist und schon etwas Besonderes sei.

5. Investitionskostenförderung für den U3-Ausbau in Kindertageseinrichtungen
hier: DRK Kindertageseinrichtung Oberlau

Herr Struffert geht auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage ein.

Frau Bernadette Nattler erläutert die Umbau- und Erweiterungspläne für die U3-Betreuung in der Kindertagesstätte Oberlau.

Frau Ebel möchte wissen, warum der Umbau 340.000,-- € koste.
Frau Dirks teilt mit, dass der Maßnahme die Kostenschätzung eines Architekten zugrunde liege. Sie habe sich aber auch über die Höhe der Kosten gewundert.

Herr Brockamp erkundigt sich, wie sich die Übernahme des Trägeranteils auf den aktuellen Haushaltsplan auswirke.

Herr Struffert teilt mit, dass der Trägeranteil bereits im Haushaltsplanentwurf enthalten sei.

Vor dem Hintergrund, dass Landesmittel fließen und der Trägeranteil bereits im Haushaltsplan eingestellt ist, sollte der Konzeption zugestimmt werden, so Herr Handwerk.

Herr Maas meint, dass das Geld im Oberlau-Kindergarten richtig investiert ist, weil der Kindergarten auch künftig noch gebraucht werde.

Nachdem allgemein das Konzept und der Umbau begrüßt werden, fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Der Rat der Stadt Billerbeck stellt Zuschussmittel im Haushalt 2011

zur Verfügung.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die haushaltsrechtliche Genehmigung seitens der Aufsichtsbehörde einzuholen und diese insoweit zu beteiligen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger der Kindertageseinrichtung einen Zuschussvertrag unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zu vereinbaren.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Mitteilungen

Keine

7. Anfragen

Keine

Sarah Bosse-Berger Ausschussvorsitzende	Birgit Freickmann Schriftführerin